

8. Februar 2002

LHStv. Onodi: E.ON-Verbund-Ehe wäre Preisgabe

Offenlegung der Verträge gefordert

„Die nun an die Öffentlichkeit gedruckenen neuen Forderungen seitens E.ON im Rahmen der geplanten Wasserkraft-Ehe mit dem Verbund zeigen einmal mehr, dass diese Ehe eine Preisgabe österreichischen Eigentums und unserer eigenständigen Energiepolitik wäre“, sagte gestern Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi. E.ON bekäme nicht nur die praktische Verfügungsgewalt auf österreichischen Wasserkraft-Strom, sondern würde auch die Verfügung über die eigenen Wasserkraftwerke nicht aufgeben. Nicht zu akzeptieren sei auch, dass E.ON nur 25 Prozent Wasserkraftwerkpotenzial einbringt, aber 37 Prozent der Anteile an der neuen Gesellschaft erhält. Die bereits kolportierte Option von E.ON auf 49 Prozent der neuen Gesellschaft würde dabei das Missverhältnis nur noch vergrößern, meinte Onodi. Angesichts immer neuer, auch teils widersprüchlichen Aussagen sowie immer neuer Details zum geplanten Zusammenschluss fordert sie totale Transparenz und Offenlegung der Verträge. Onodi: „Diese ständige Geheimniskrämerei und immer wiederkehrende widersprüchliche Aussagen müssen aufhören. Die bereits ausgefertigten Vertragswerke und Vereinbarungen müssen sofort offengelegt werden, damit sich alle Verantwortlichen noch vor der Verbund-Aufsichtsratssitzung Mitte März ein klares Bild machen können.“

Der E.ON-Deal birgt aber noch weitere Disharmonien. Der Verbund würde in die Ehe die höherwertigen Kraftwerke einbringen, also auch die Speicherkraftwerke, die den teureren Spitzenstrom erzeugen. E.ON bringt kein Speicherkraftwerk ein. Mit dem von E.ON geforderten Recht auf Stromlieferungen durch die Verbund-Kraftwerke könnte Österreich gerade zu Zeiten der Spitzenbelastung Schwierigkeiten in der Stromversorgung bekommen. Die Deutschen drängen zudem darauf, dass entgegen ursprünglicher Vereinbarungen der Sitz der gemeinsamen Gesellschaft nicht in Salzburg, sondern in München sein soll, was Hunderte Arbeitsplätze in Österreich kosten würde. „Die E.ON-Verbund-Ehe muss sofort abgeblasen werden. Angesichts der neuen Forderungen ist auch die Verfolgung einer Doppelstrategie – Verbund – E.ON mit Einbindung der Landesgesellschaften – nicht sinnvoll. Die weitere Vorgehensweise kann nur heißen: zuerst eine österreichische Energielösung des Verbund gemeinsam mit den Landesgesellschaften und erst danach, wenn notwendig und sinnvoll, nachdenken über mögliche internationale Kooperationen“, sagte Onodi abschließend.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at



NK Presseinformation